

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Ersteinst 3 mal täglich, auch Montag früh. — Druckpreis: Abnehmer monatlich 1.— M., vierteljährlich 3.— M., Durch Träger und auch. Bestellungen frei ins Haus monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.90 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.70 M., vierteljährlich 3.90 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Druckerei Nr. 1018, 1016, 1017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 15 Pf., Reichsanzeige 1.— M.; außerhalb 20 Pf., Reichsanzeige 1.50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 20.

Freitag, 11. Januar 1918.

72. Jahrgang.

# Erfolglose englische und französische Angriffe.

## Im Mittelmeer wurden wieder 36 000 Tonnen versenkt. — Eine Botschaft der Ukraine.

### Ämtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Jan. (Ämtlich).

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschiffe Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz. Versuche des Feindes, übergehend und nach Feuerberechtigung am Morgen des 10. Januar südlich von Opatowitz in andere Stellungen einzubringen, scheiterten.

Tagüber entwickelte sich an der Nordfront und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf. Zwischen Woeuvres und Waresina steigerte sich das enalische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu artillerischer Distanz.

Auch die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Oise und Aisne rege.

Seereschiffe Herzog Albrecht. Westlich von Diamont erhöhte Geschützaktivität.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Pour le mérite.

Berlin, 10. Jan. (B.-Off.-Tel.)

Wie das „Militärwochenblatt“ meldet, wurde das Ehrenkreuz zum Orden Pour le mérite dem Admiral v. Schröder, ferner der Orden Pour le mérite dem Korvettenkapitän Kopyanov, dem Kapitänleutnant Wünsche und Rote, dem Oberleutnant Fricke und dem Oberleutnant zur See Herboldt verliehen.

### Tagesbericht des Admiralstabes.

Berlin, 11. Jan. (Ämtlich.)

Neue U-Booterfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 36 000 Bruttoregistertonnen. Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die enalische Kriegswirtschaft im Orient. An besonders geschickt und hartnäcklich durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Sechszüge anzureihen und dabei sechs Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten sechs der bewaffneten englischen Dampfer „Hilouts“ (4170 Bruttoregistertonnen), „Turnbridge“ (3874 Bruttoregistertonnen), „Cliftondale“ (3811 Bruttoregistertonnen) und „Waverley“ (3833 Bruttoregistertonnen), letztere beiden mit je 5000 T. Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs. Von dem russischen Dampfer „Cliftondale“, der mit zwei 13-Zentim.-Mörsern und einer 7,5-Zentim.-Schneelladefkanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Vetro“ (3860 Bruttoregistertonnen) in überaus demütigendem Anzitt durch Geschützfeuer niedergeschlagen, während der durch Bewacher begleitete bewaffnete enalische Dampfer „Verba“ (3874 Bruttoregistertonnen), der besaß auf dem Wege nach Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel. — An vorliegenden Erfolgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant v. Arnould de la Perriere beteiligt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Diese hervorragenden Leistungen bilden ein neues Ruhmesblatt in der Reihe der Erfolge des Kapitänleutnants von Arnould de la Perriere. Der Verlust trifft besonders Italien und die enalische Eroberungsarmee in Syrien und Mesopotamien. Seine Bedeutung ergibt, indem man sich vorstellt, daß allein die beiden versenkten Kohlendampfer so viel Brennstoff enthielten, wie 1000 Eisenbahnwagen von je 10 Tonnen zu fassen vermögen. Bezeichnend für den Mangel an Geschützen, der durch die feindliche U-Bootsabwehr veranlaßt wird, ist die Meldung über die eroberten 15 Zentim.-Mörser. Derartige Geschütze kann man nur für Stellung im Landkrieg zu verwenden. Auf See haben sie wegen der Schwierigkeit des Treffens bei ungenauer Entfernungsbestimmung im Zusammenstoß mit der langen Schusszeit nur bedingten Wert. Auch in dieser Beziehung muß also die Not bei unseren Feinden bereits einen ziemlich hohen Grad erreicht haben. Aus der allgemeinen Bewaffnung der feindlichen Handelsschiffe entwirrt für uns und unsere Verbündeten der Vorteil, daß die Ladungen für diesen Zweck benutzten Geschütze nicht für den Landkrieg verwendet werden können.

### Der Grund des Aufstandes in Portugal.

Berlin, 11. Jan. (B.-Off.-Tel. 15.)

Clemenceau will laut „Matin“ im Anschluß an die sozialistische Interpellation in der nächsten Woche in der Kammer eine Erklärung über die Reden Lloyd Georges und Wilsons abgeben, die eine genaue Formulierung der Forderungen Frankreichs als mögliche Grundlage für Friedensbesprechungen darstellen würden.

Der „Temps“ gibt zu, daß die Aufstandsbewegung in Lissabon sich gegen die Teilnahme Portugals am Krieg richtete.

### Politischer Mord in Spanien.

Madrid, 11. Jan. (B.-Off.-Tel.)

Savos: Nach Blättermeldungen ist der Präsident des spanischen Arbeiterverbandes für Metallurgie und Mechanik, Jose Barret, ermordet worden. Ein Vater und ein Lehrer der Handelsschule, die ihn beauftragt, wurden schwer verletzt. Auf die Betroffenen wurden von einer Anzahl Individuen zahlreiche Schüsse abgegeben. Die Täter entkamen.

### Finlands Finanzen.

Berlin, 11. Jan. (Privat-Tel. 16.)

Die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch Deutschland ist für seine finanzielle Stellung von besonderer Bedeutung. Die Guthaben der Republik betragen allein bei verschiedenen Großbanken hier umfaßt 50 Millionen Mark. Da Finnland bei Beginn des Krieges zu Rußland gehörte, wurden die Depots in Rußland. Die Veranlassung dazu ist nunmehr in Weisung gekommen. Die Regierung Finnlands beauftragte den Rechtsanwalt Dr. Waldeck-Berlin als ihren bevollmächtigten Juristen, die notwendigen Schritte zur Freigabe der Gelder einzuleiten. Die bald zu erwartende Aufhebung der Sequestration wird die handelspolitische Beistimmung des neuen Staatswesens unterstützen und die Ankündigung und Pflege der Beziehungen zwischen Finnland und dem Deutschen Reich auf wirtschaftlichem Gebiet erleichtern, deren Wichtigkeit schon vom Handelsaustausch des Reichstages hervorgehoben wurde.

### Eintritt der Ukraine in das internationale Staatenleben.

Brest-Litowsk, 10. Jan. (B.-Off.-Tel.)

Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde heute Vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Rühlmann fortgesetzt. Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie, Solsubowitsch, folgendes aus:

Belebte Herzen und Damen! Die durch den Krieg erschöpften und gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. An dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Großrußlands, ohne Rücksicht auf nehmen auf Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, läßt die Schicksale der kriegsführenden Mächte überleben auf dem Wege, um nicht auf dem Schlachtfeld durch Blut und Eisen, sondern auf dem Wege der freundschaftlichen Uebereinkommen zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschten allgemeinen Frieden zu erreichen. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden war und die Prinzipien des Friedens bekanntgegeben worden waren, haben Sie, verehrte Herren, mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat, die ukrainische Volksrepublik, deren Volk seit dem Frieden anerkannt war hat als erster auf diesen Ruf geantwortet.

Nachdem durch das dritte Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7. November ihre staatliche Stellung bestimmt ist, nimmt die ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblick ihre internationale Existenz wieder auf, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren hat, und tritt leicht in vollem Umfang der ihr auf diesem Gebiet zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein.

Auf Grund der obigen Darstellung hält es das Generalsekretariat der Regierung der ukrainischen Republik für richtig, auf den letzten Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen, und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte

folgende Note zu überreichen:

Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik (Generalsekretariat) bringt hiermit allen kriegsführenden und neu-

tralen Staaten folgendes zur Kenntnis: Mittels Universal Nr. 3 der ukrainischen Zentralrada vom 7. November 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik proklamiert und durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt. Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Moment auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches existierenden Republiken anstrebend, knüpft die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkt der Bildung einer gemeinsamen Bundesrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits, beständige völkerrechtliche Beziehungen an. Das Generalsekretariat erachtet es somit für unannehmlich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rates der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland kriegsführenden Mächte andererseits beginnen, in Kenntnis zu setzen.

Unerschütterlich daran festhaltend, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten, insbesondere für die arbeitenden Klassen eines jeden Staates das schwerste Uebel bedeutet, und daß alle kriegsführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten sollten, hat die ukrainische Zentralrada und das Parlament der ukrainischen Republik es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündung der ukrainischen Republik eine

#### aktive Politik in der Friedensfrage

einzuleiten. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses befunden hat, es als unannehmlich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erlauben. In diesem Zweck wurden Vertreter des Generalsekretariats an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Front unter der Leitung der Regierung der ukrainischen Volksrepublik vereinigt ist, geschickt. Gleichzeitig hat die ukrainische Zentralrada das Generalsekretariat beauftragt, die verhandelnden Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was sernerseit auch seitens des Generalsekretariats vollzogen wurde.

In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland kriegsführenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten in die Hand genommen hatte, hat das Generalsekretariat keine Vertreter nach Brest-Litowsk beauftragt Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet das Generalsekretariat es als notwendig, hervorzuheben, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare unannehmlich denken, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Ukraine weder Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig, ohne jedwedes Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik ausrufen zu lassen. Dessen gegenwärtig, daß der Rat der Volkskommissare gemäß den letzten Punkten der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

#### Die ukrainischen Friedensziele.

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt sowie zwischen allen gegenwärtig kriegsführenden Staaten einen allgemeinen Frieden an.
2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Frieden muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinen Völkchen und Staat, das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.
3. Für die Ermöglichung eines wirklichen Friedensdruck der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.
4. Es ist demnach jedwede Annexion, das heißt jedwede gewaltsame Annektion oder Uebergabe irgendeines Landesteils ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.
5. Ebenso unzulässig sind vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Entschädigungen, welche Form auch immer ihnen gegeben werde.
6. Den kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schäden oder Vermehrungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf dem Friedensvertrag ausgearbeitet werden müssen, etwaige Hilfe erwiesen werden.
7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält, und in völkerrechtlichen Angelegenheiten vertreten durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen

Nächsten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.

8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland; demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der, aus den Verhandlungen mit den arabischen Rußland-Interessierten resultierende Frieden für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bestimmungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Republik angenommen und unterzeichnet werden.

9. Im Namen der gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden schließen, die von allen Republiken und sämtlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur eine ad-hoc-Vertretung dieser Republiken und Gebiete schließen.

10. In den Prinzipien eines demokratischen Friedens unerlässlich ist, freies Recht der Generalversammlung gleichzeitige eine möglichst rasche Herbeiführung eines allgemeinen Friedens an, und legt großes Gewicht allen Bemühungen, die seine Verwirklichung näher bringen können. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich eine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu bestimme, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongress erfolgen wird, in dessen Beschlüssen die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle Kriegführenden anfordert. Der Präsident des Generalsekretariats:

Winnikow

Staatssekretär für internationale Angelegenheiten.

### Die neue Tonart von Brest-Litowsk.

Welche Wunder eine solche Sprache bewirkt, hat der erste Ton der neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk bewiesen. Herr von Kuhlmann wies den Russen umständlich ihr Unrecht nach, Graf Czernin gab ihnen deutlich zu erkennen, daß es in ihrer Hand liegt, einen Sonderfrieden mit dem Vierbund zu bekommen (von allgemeinem Frieden ist keine Rede mehr) oder den Krieg fortzusetzen. General Hoffmann protestierte sofort gegen die russischen Beschlüsse deutscher Oberbefehlshaber. Und siehe da — diese Sprache wirkte! Die Russen, die in Brest-Litowsk nicht mehr verhandeln wollten, gaben nach, und die Friedensverhandlungen gehen doch weiter, wo sie begonnen haben. Die Vertreter bei uns, die Schreier in Rußland und die offenen oder versteckten Agenten der Entente in den russischen und nordischen Hauptstädten mögen daraus Lehre und Nutzen ziehen. Wenn in Moskau das Konzert in Brest-Litowsk nicht zustande kommen würde, geht's jetzt in Tur.

Ueber die am 9. Januar in Brest-Litowsk stattgefundene Vollversammlung der Friedenskonferenz hat ein Bericht des Hoffmann'schen Bureau vor mit dem Wortlaut der einleitenden Ausführungen des Staatssekretärs v. Kuhlmann, der u. a. erklärte:

Ich will auf die aus den bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründen, die es unmöglich machen, die Verhandlungen an einem anderen Orte als Brest-Litowsk zu führen, hier nicht näher eingehen, möchte aber jetzt schon als feststehendes und unabwehrliches Resultat der vier Verbündeten auszusprechen, daß sie nicht in der Lage sind, die hier angehängenen Verhandlungen über einen Präliminarfrieden an einem anderen Orte weiterzuführen. Wie schon früher in unerbittlicher Weise darauf hingewiesen wurde, ist die formale Schlußverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarverträge an einem mit den russischen Delegierten zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Nachdem Staatssekretär v. Kuhlmann dann noch den Nachweis geführt hatte, daß eine von russischer Seite veröffentlichte, angebliche Antwort des Herrn Hoffmann in der Sitzung vom 28. Dezember — der russische Vorsitzende sollte etwas erklärt haben, was in den deutschen Berichten nicht erwähnt worden ist — lediglich aus der Phantasie des Erzfinders entsprungen ist, und hinzusetzte, daß diese in allen Teilen erfindene Mitteilung erheblich dazu beigetragen habe, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verzerren und deren Ergebnisse zu gefährden, schloß er wie folgt:

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen in einem erzieherischen Ergebnisse führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in besonderer Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erwägungen, die wir in den Verhandlungen mit der durchaus lässlichen Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben.

Hierauf nahm der österreichisch-ungarische Minister des Innern, Graf Czernin, das Wort und erklärte über die Gründe gegen eine Verlegung der Verhandlungen, daß diese einerseits technischer Art sind wegen der direkten Drähte, die von Brest-Litowsk aus die Unterhändler mit ihren Regierungen verbinden und auf die nicht verzichtet werden kann. Noch wichtiger aber ist das zweite Motiv, betonte dann Graf Czernin: „Sie, meine Herren, haben leiserweise an uns die Einladungen für die allgemeinen Friedensverhandlungen ergehen lassen. Wir haben diese angenommen, und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein technisches Ultimatum erteilt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zum Zwecke eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbunde. Die Verlegung der Verhandlungen auf ein neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erzielte Gelegenheit geben, während eluzugreifen. Wir weisen uns, den wählenden Mächten diese Gelegenheit zu liefern, aber wir wären bereit, an einem noch zu bestimmenden Orte die Schlußverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.“

Graf Czernin wies zum Schluß auf die Generalität des Vierbundes hin, die Verhandlungen auf der vom Staatssekretär und ihm entworfenen, mit den russischen Delegationen bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren von der russischen Delegation von den nächsten Antentionen befreit sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen — aber die Verantwortung für die Fortsetzung des

Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.“

Graphisch Talat Pascha und Auklamniker P. Paw schlossen sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation den Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab:

„Es liegen mir Forderungen und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heeresleitungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen an revolutionären Charakter an unsere Truppen enthalten. Diese Forderungen und Aufrufe verheißt gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen abgeschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Forderungen und Aufrufe aufs entschiedenste Protest ein.“

Feldmarschallleutnant v. Czajkowsky, Oberst Gantschow und General d. R. Jaak Pascha schlossen sich diesem Protest im Namen des k. u. k. Armeeoberkommandos, der bulgarischen Obersten Heeresleitung und der osmanischen Armeen an.

## Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. Januar.

**Auszeichnung.** Den Regierungsekretären Gustav Müller und Schulz bei der Abteilung für Domänen ist das Kreuz für Kriegsdienst verliehen worden.

**Der harte Schneefall** und das sofort einsetzende Tauwetter hat gestern hier auf den Straßen Zustände geschaffen, die einer Stadt wie Wiesbaden nicht aufzusehen. In ungewöhnliche Ereignisse bedingen ungewöhnliche Maßnahmen. Bei solch hartem Schneefall ist es nicht anständig, daß die Hausbesitzer lange auf die Trottoirreinigungsgesellschaft warten, damit der Fußsteig vom Schnee befreit wird. Da mühen sie selbst dafür Sorge zu tragen, daß der Schnee sofort bei Seite geschafft und nicht erst zusammengetreten wird, um sich dann in einen schliefen Brei und Schlamm zu verwandeln, in dem die Fußgänger herumwaten müssen. Der Verfall auf die Reinigungsgesellschaft ist in solchen Fällen eine unbillige Sache, da diese ja nicht überall zu gleicher Zeit sein können. Uebrigens sagt die Straßenpolizeiregierung ganz deutlich, daß die Hausbesitzer für die Befreiung des Schnees verantwortlich sind, auch wenn sie mit der Reinigung andere Personen oder Gesellschaften beauftragt haben.

**Verkehrsmitteländerung.** Die die Eisenbahndirektion Mainz bekanntgab, fallen von Montag, 14. Januar, ab auf der Strecke Wiesbaden-Frankfurt die nur werktags verkehrenden Vertriebszüge Wiesbaden Abfahrt 10.30 Uhr vormittags und Wiesbaden Ankunft 11.50 Uhr abends aus.

**Vom Rheinwasserstand.** Die letzten 24 Stunden brachten ein hartes Steigen des Rheines. Am Mittelrhein ist das Wasser um etwa 50 Zentimeter gestiegen. Weiteres schnelles Steigen ist bei der einsetzenden milden Witterung zu erwarten. Augenblicklich fährt der Rhein viel Treibholz mit sich, das zum Teil aus den Kellenstufen herabfällt, zum Teil aus von den zugefrorenen Rheinarmen kommt. Für die Rheinschifffahrt ist das steigende Wasser von außerordentlicher Bedeutung, da schon jetzt ein Teil der überall am Mittelrhein festliegenden Schiffe und Rädre ihre Reise fortsetzen können. Für die geordnete Zufuhr von Kohlen und anderen Brennstoffen nach den Plätzen des Mittel- und Oberrhens ist aber Grundbedingung, daß die Rheinschifffahrt ohne Hemmnisse vor sich gehen kann. Die Zunahme des Wasserstandes kann daher nur begrüßt werden.

**Polnisch sprechende Gewerbetreibende** deutscher Staatsangehörigkeit wollen sich schriftlich oder mündlich in der Geschäftsstelle der Handelskammer zu Wiesbaden, Adelsheidstraße 23, melden.

**Brand.** Gestern vormittag 11.30 Uhr wurde die Feuerweh nach Waldstraße 40 gerufen. Dort war in einer Kartonnagenfabrik ein Brand ausgebrochen, der unter dem aufgeschapelten Pack- und Kartonnagematerial erheblichen Schaden anrichtete. Da das ganze Haus vermauert war, hatte die Feuerwehr schwere Arbeit, bis sie das Feuer Herr wurde. Erst nach zweistündiger Tätigkeit konnte sie jede weitere Gefahr beseitigt haben und wieder abziehen.

**Mittels Einbruch** wurden in der Nacht zum 8. ds. Mt. aus einem Garten im Distrikt Ruppbaum neun Hühner und ein Hahn, die zum größten Teil an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden, gestohlen. Ferner wurden in der alten Kolonade am Kurhaus zwei Gaslampen gestohlen.

**Wer sind die Eigentümer?** Bei der Kriminalpolizei ist eine goldene Damenschür mit Sprungdeckel hinterlegt, die anscheinend irgendwo gestohlen wurde oder verloren gegangen ist. Ferner ein schwarz-fisernes Zigarettenetuis mit dem Monogramm S. D. Eigentumsansprüche sind auf Zimmer 4 der Polizeidirektion anzuzeigen.

**Gestohlen** wurde in einem hiesigen Outocast ein dinstlicher Wardenpelz. Als Diebin ist eine unbekannte, mittelgroße Frau im Alter von etwa 45 Jahren verdächtig, die anfallend kleine Augen hat und eine dunkle Stofftasche mit Ringgriffen bei sich trug. Um zweidienliche Mitteilungen bittet die Kriminalpolizei.

**Stadtsanitäts-Nachrichten vom 11. Januar.** Sterbefälle. Am 9. Jan.: Robert Kemp, Postbote, 22 J.

### Königliches Hoftheater.

Verliebt Troubadour, der in den letzten Jahren weit mehr als wünschenswert in allen nur erdenklichen Gastspielwachen ausgenutzt wurde, fand auch gestern wiederum im Reigen eines Gastspielers. An Stelle der beiden Gebrüder „Luna“, von denen namentlich der Tenor singende mit Vorliebe von auswärtigen Mittern des hohen C. als Gastrolle ausgewählt wird, war diesmal eine neue „Auzena“ erschienen, und zwar keine geringere, als Frau Meyer-Gattermann, deren hervorragende Gesangsleistung hier bei uns schon so oft verdiente Anerkennung gefunden hat. Auch diesmal wurde der Künstlerin eine sehr freundliche Aufnahme zuteil, die in lebhaftem Beifall und mehrfachen Hervorrufen nach den verschiedenen Auftritten ihren äußeren Ausdruck fand. Vollständig ebensolche zur Seite standen Frau Meyer-Gattermann unsere einheimischen Kräfte: Frau Friedfeldt (Leonore) sowie die Herren Streib und Weiss: Winkel (Marcel und Luna).

### Gericht und Rechtspredung.

Fe. Die Sau im Bett! Wiesbadener Schöffengericht vom 10. Jan. Ein schon gemästetes Schwein hatte

die Frau Elisabeth K. in Biedrich über den Höchstpreis an den Metzgermeister Albert K. vorstellend anzuweisen. K. schlachtete das Tier, ohne die Zulassung anzumelden. Die Polizei bekam aber Wind von dieser Geheimhandlung. Sie nahm deshalb bei K. eine Hausdurchsuchung vor, die anfänglich resultatlos verlief. Erst als der Beamte sich im Schlafzimmer das Bett des Metzgermeisters etwas näher ansah, gewahrte er die geschlachtete Sau im Bett. Die Eingeweide fehlten, aber ein Löffel und andere Fleischteile, die auf andere Geheimhandlungen hindeuten, lagen neben ihr. Die Schöffen verurteilten heute wegen dieser Verfehlung gegen die Kriegsaufsicht Frau K. zu einer Geldstrafe von 140 Mark, der Metzgermeister erhielt eine solche von 280 Mark.

### Auswärtige Börsen.

New-Yorker Börse.

New-York, 9. Jan.	N. K.	L. S.	N. K.	L. S.
Tendenz für Geld	stark	fest	22 1/2	72 1/2
Geld auf 24 Stunden	3 1/2	—	70 1/2	71 1/2
Wechsel Berlin	—	—	104 1/2	103 1/2
Silber-Bullion	90 1/2	90 1/2	81	81
Atch. Top. u. Santa Fe Sh.	84 1/2	85 1/2	74	74 1/2
Baltimore Ohio comm.	53	52 1/2	—	—
Canada Pacific Shares	137	139	8 1/2	8 3/4
Chicago Milwaukee u.	—	—	23 1/2	23 1/2
St. Paul Shares	45	45 1/2	58 1/2	58 1/2
Don. u. Rio Grande com.	13 1/2	13 1/2	113 1/2	114 1/2
Eric comm.	19 1/2	19 1/2	69	69 1/2
do. Int. preferred	26 1/2	26 1/2	42 1/2	41 1/2
Illinois Central Shares	62	63	78 1/2	78 1/2
Louisville u. Nashville	112	112 1/2	61	62 1/2
Miss. Kans. & Texas com.	5	4 1/2	150 1/2	153 1/2
do. do. do. pref.	—	—	93 1/2	94 1/2

Schriftleitung: Bernhard Großhans. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: B. Großhans; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: G. Eifendörfer; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: G. Diegel; für die Ausgaben: I. G. A. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.

### Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Voranschlägliche Witterung für 12. Januar: Meist noch wollos und trübe, mit Niederschlägen bei etwas kälteren Winden.

Wasserstand: Gaub 176, Weilburg 174.

### Nachruf.

Am 8. Januar ds. Js. verschied plötzlich infolge eines Herzschlages im Alter von 41 Jahren das Mitglied des Städtischen Kurorchesters

Herr

## Paul Hertel.

Der Verstorbene hat dem Orchester als Cellist seit dem 1. April 1903 angehört und sich während dieser Zeit stets durch musterhafte Führung und gewissenhafte Pfllichterfüllung ausgezeichnet. Das Orchester verliert in dem Entschlafenen eine bewährte Kraft und einen treuen Kollegen, dessen Andenken stets in Ehren fortbestehen wird.

Wiesbaden, den 10. Januar 1918.

Städtische Kurverwaltung v. Ebmeyer, Kurdirektor.

### Kindergärtnerin

oder bess. Ainderemädchen zu 4 Jähr. Knaben sofort gesucht. Frau Lewin, Schillerplatz 2. (\*1060)

### Jagdgewehr

(Prüfung) zu kaufen gesucht. Baldige genaue Angebote unter S. 280 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. (\*106)

### Gute Makulatur

hat abzugeben. Wiesbadener Verlags-Anstalt (H. 190) Nikolaistraße 11.

### Ein neuer Lenkshlitten

(\*68616), 2 Hfig. zu verkaufen. (8629) Schillerstraße 48, II., Mainz.

In unser Bandelrezeiter A Nr. 1369 wurde heute bei der Firma „Zigarettenfabrik Ed. Laurent (Fab. Ewald Kreackel)“ mit dem Sibe in Wiesbaden eingetragen, daß dem Kaufmann Leo Hansen zu Frankfurt a. M. Procura erteilt worden ist.

Wiesbaden, den 4. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht, Abt. 8.

### Sonnensberg. — Bekanntmachung.

Verkauf von Fleisch und Wurst bei den hiesigen Metzger am Samstag, den 12. Januar 1918 in der abwechselnden Reihenfolge der Brotkarten-Nummern wie folgt: Nummer 1201 bis 1550 von 8 bis 9 Uhr vormittags, 1551 bis 1656 von 9 bis 10 Uhr vormittags, 1 bis 200 von 9 bis 10 Uhr vormittags, 201 bis 500 von 10 bis 11 Uhr vormittags, 501 bis 850 von 11 bis 12 Uhr vormittags, 851 bis 1200 von 12 bis 1 Uhr vormittags.

Während der gleichen Stunden erfolgt die Abkempfung der Fleischmarten im „Kaffauer Hof“.

Durch Aushang wird noch bekannt gegeben, welche Mengen für jede Perion zum Verkaufe kommen.

Sonnensberg, den 10. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Buchelt.

### Sonnensberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe der Brotkarten und der neuen Zuckerarten am Samstag, den 12. Januar 1918.

Zeit: Die gleiche, wie die Verkaufsstunden für Fleisch. Ort: „Kaffauer Hof“.

Sonnensberg, den 10. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Buchelt.

### Sonnensberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Londonierter Milch am 12. Januar 1918 für alle Einwohner in der Lebensmittelliste Wiesbadener Straße 24. Zeit: Die gleiche, wie die Verkaufsstunden für das Fleisch. Die Lebensmittelliste ist vorzusetzen.

Sonnensberg, den 11. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Buchelt.